

## **Die Akten der DDR-Archive - Giftmülldeponie oder Fundgrube für den Historiker?**

---

Dr. Stefan Wolle, geb. 1950 in Halle, Studium der Geschichte in Berlin, ist seit 1976 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften in Berlin. Er gehörte Anfang 1990 zu den Initiatoren des Unabhängigen Historikerverbandes der DDR. Von Januar bis März 1990 war er an der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und der Aufarbeitung der Stasi-Akten beteiligt.

Seit anderthalb Jahren jagt eine Stasi-Affäre die nächste. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Pressemeldungen zum Thema Staatssicherheit neuerlich Öl in das Feuer der Auseinandersetzung gießen. Das bisher letzte Kapitel in der schier endlosen Folge von politischen Skandalen ist die Auseinandersetzung der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Der Berliner Landesvorsitzende der SED-Nachfolgeorganisation, Wolfram Adolphi, hat sich öffentlich dazu bekannt, Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen zu sein. Trotzdem hat ihn der Landesparteitag der PDS mit einer Mehrheit von 128 zu 59 Stimmen in seinem Amt bestätigt. Auch an eine Niederlegung seines Abgeordnetenmandates denken er und drei weitere ehemalige Stasi-Spitzel in der PDS-Fraktion keineswegs. Die Frage droht gegenwärtig zur Zerreißprobe für die PDS zu werden.

Für die PDS ist die Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Vergangenheit eine existentielle Frage. Sie muß sich entscheiden, ob sie eine DDR-Nostalgie-

Partei sein möchte, oder eine auf den linken Teil des Wählerspektrums in der ganzen Bundesrepublik zielende Partei des demokratischen Sozialismus. Deswegen stellt sie sich - wenn auch unter Schmerzen und Krämpfen - der öffentlichen Diskussion um ihre Stasi-Verbindungen.

Für die anderen Parteien scheint das kein Thema mehr zu sein. Die Ost-CDU hat sich in einem halsbrecherischen politischen Salto mortale von ihrer Vergangenheit getrennt. Die früheren Stiefellecker der SED hatten sich im Frühjahr 1990 in einem einmaligen Verwandlungsakt in die willfähigen Werkzeuge der Konischen Blitzvereinigung gewandelt. Es ist nur allzu verständlich, daß diese Partei wenig Interesse an einer öffentlichen Behandlung ihrer Geschichte hat. Die persönliche Vergangenheit ihres stellvertretenden Vorsitzenden, Lothar de Maiziere, ist nicht Ursache dieses Unwillens, sondern lediglich ein Symptom der tiefen Verstrickung der DDR-CDU in das Herrschaftssystem von Stasi und SED. Das gleiche gilt für die anderen Blockparteien, die oft genug versucht hatten, die SED links zu überholen. Ihre früheren offiziellen Erklärungen sind jetzt natürlich von kaum zu überbietender Peinlichkeit. Niemand mag mehr von den alten Geschichten hören. Auch in der SPD fühlt sich mancher unangenehm berührt, wenn er daran erinnert wird, mit welcher Eilfertigkeit sich die Parteigrößen im Jagdschloß Hubertusstock bei Erich Honecker die Klinke in die Hand gaben. Es droht also eine große Koalition des Verschweigens und Vertuschens, gegen die es nur ein Mittel gibt: die vorbehaltlose wissenschaftliche Erforschung der Vergangenheit.

Natürlich darf man die Rolle der Fachwissenschaft bei derartigen Auseinandersetzungen nicht überschätzen. Der gesamtgesellschaftliche Diskurs soll und muß sich auf vielen Ebenen vollziehen. Die zeitgeschichtliche Forschung kann aber bestimmte Voraussetzungen für die öffentliche Diskussion liefern. Es geht dabei zunächst um die Sicherung und Erschließung der Archive, weiterhin um die gesetzlichen Modalitäten der Zugänglichkeit des Aktenmaterials, und schließlich um die Edition wichtiger Quellenbestände sowie deren wissenschaftliche Auswertung. Zumindest für die Zeit außerhalb der dreißigjährigen Sperrfrist des Bundesarchivgesetzes - also bis zum Jahr 1961 - stehen der Forschung bereits jetzt ganz wesentliche Archivbestände zur Verfügung. Aber auch um die Möglichkeit, innerhalb der Sperrfrist Archivmaterial einzusehen, scheint es gegenwärtig nicht ganz schlecht zu stehen. Auf einer Konferenz des Unabhängigen Historikerverbandes der ehemaligen DDR (UHV) am 15. Juni 1991 in Berlin erklärte der jetzige Leiter der Außenstelle des Bundesarchivs in Potsdam die Sperrfrist für Akten der DDR könne jederzeit großzügig aufgehoben werden. Das Bundesarchivgesetz, dessen Verfasser er seinen eigenen Worten zufolge ist, interpretierte er vor einem Fachpublikum in diesem Sinne. Es scheint sicher, daß die Arbeit in den bisher unzugänglichen Archiven nicht nur viele interessante Details ans Tageslicht fördern wird, sondern daß viele zentrale Ereignisse aus der Geschichte der DDR völlig neu bewertet werden müssen. Erstmals wird es beispielsweise möglich sein, die Ereignisse vom Juni und Juli 1953 anhand des exakten Quellenmaterials

in ihrem ganzen Umfang darzustellen. Erstmals wird es möglich sein, mit Hilfe des Materials des Repressionsapparates das Ausmaß von passivem Widerstand und Resistenz in der DDR darzustellen. Zum ersten Mal hat man genaue Zahlen über die Republikflucht beziehungsweise über die Zahl von Ausreisearträgen in den siebziger und achtziger Jahren. Anhand eines riesigen Berichtswesens, das nicht nur den Bereich der Staatssicherheit umfaßte, sondern ebenso die SED, die Gewerkschaft, die FDJ sowie die anderen Massenorganisationen und die Blockparteien, kann man die Stimmung und die wirkliche Meinung der DDR-Bevölkerung in den verschiedenen Zeitabschnitten rekonstruieren. Die DDR-Bevölkerung, auf die sich alle politischen Parteien in Ost und West ständig berufen haben, kommt auf diesem Umweg über die geheimen Archive zum ersten Mal wirklich zu Wort.

Die Geschichte der DDR ist gegenwärtig noch voller offener Fragen. Wie konnte ein scheinbar so festgefügt System wie die DDR im Herbst 1989 innerhalb nur weniger Monate nahezu widerstandslos zusammenbrechen? War die scheinbare Akzeptanz des DDR-Systems durch einen großen Teil der Bevölkerung eine reine Sinnestäuschung, der westliche Beobachter und Politologen ebenso zum Opfer fielen wie die interne Opposition? Wie ist es erklärlich, daß die kleinen Oppositionsgruppen, die seit Beginn der achtziger Jahre im kirchlichen Rahmen gearbeitet hatten, innerhalb weniger Wochen zur Massenbewegung answollen und schließlich selbst vom Strom der Ereignisse davongeschwemmt wurden? Wie konnte es geschehen, daß die Forderung nach der deutschen Einheit, die jahrelang in den internen Diskussionen keinerlei Rolle mehr gespielt hatte und die von den Oppositionsgruppen sogar ausdrücklich als nicht aktuell bezeichnet wurde, nach dem 9. November 1989 mit der unwiderstehlichen Gewalt eines Naturereignisses das Land überrollte? Wie ist schließlich die ambivalente Position der evangelischen Kirchen der DDR einzuschätzen, unter deren Schutz sich die Opposition formierte, die aber andererseits in den Jahren vor dem Ausbruch der akuten Krise oft versucht hatten, die Bewegung zu kanalisieren und zu domestizieren? Aber auch die Seite des Staates und des Repressionsapparates gibt zahlreiche Rätsel auf. Wie konnte der gewaltige Machtapparat von Stasi, Polizei, Armee und Partei, der jahrzehntelang gegen vermeintliche „Anschläge des Klassenfeindes“ innerlich aufgerüstet worden war, so kläglich versagen, als der Staat, den es zu schützen galt, zum ersten Mal wirklich gefährdet war? Waren in Moskau längst die Weichen in Richtung deutsche Einheit gestellt, ehe das Volk der DDR auf die Straße ging? War die ganze sogenannte Herbstrevolution eine Verschwörung des Staatssicherheitsdienstes, unter der Regie des sowjetischen KGB? Indizien für eine derartige Verschwörung kamen in den letzten Monaten wahrlich genug ans Tageslicht. Schließlich zum Schluß die Frage, die manche wahrscheinlich an den Anfang gestellt hätten: Gab es in den Jahren zwischen 1949 und 1989 überhaupt noch eine deutsche Geschichte als wissenschaftlichen Forschungsgegenstand? Waren mit den Jahren die Unterschiede nicht immer größer geworden? Und war die Wiederkehr der Nationalgeschichte nicht eher das Resultat des Zusammenbruchs des sowjetischen

Imperiums in Osteuropa als das Ergebnis einer patriotischen Einheitsbewegung? Welche Bedeutung hatten die beiden deutschen Staaten füreinander? War diese Bedeutung groß genug, um von einer einheitlichen deutschen Geschichte zu sprechen? Und schließlich: Welches Bild hatten die Menschen in Ost und West voneinander? Welchen Wandlungen war dieses Bild im Laufe der Jahre unterworfen? Wie fremd waren sich die Deutschen geworden als sie im November 1989 wieder ungehindert aufeinandertrafen?

Viele von den Fragen wird man mit Sicherheit niemals endgültig beantworten können. Aber es ist trotzdem notwendig, sie zu stellen und den Versuch zu unternehmen, sich einer Antwort zu nähern. Die Diskussion wird sich dabei auf vielen Ebenen vollziehen, wobei die zeitgeschichtliche Forschung versuchen muß, sich der Themen auf ihre Weise anzunehmen. Dabei steht zunächst die Arbeit in den Archiven im Vordergrund.

Wichtiges Aktenmaterial ruht im Zentralen Parteiarchiv der PDS (ZPA), das nach wie vor Eigentum des Rechtsnachfolgers der SED ist und wissenschaftlich vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (HGA), dem früheren Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (IML) betreut wird. Auch die Räumlichkeiten sind noch die gleichen. Das Archiv befindet sich immer noch im Hause des ehemaligen IML, das bis 1989 unzweifelhaft eine Hochburg dogmatischer Indoktrination und schamloser Geschichtsklitterung im Dienste der Partei war. Das Archiv war lediglich für einen kleinen und auserwählten Kreis von SED-hörigen Historikern zugänglich. Nur selten wurde eine Ausnahme von dieser Regel gemacht, und in diesen Fällen wurde an höchster Stelle entschieden, welche Materialien dem jeweiligen Historiker vorgelegt wurden, so daß selbst die Auserwählten - im allgemeinen zuverlässige SED-Kader - nur Zugang zu streng selektiertem Material hatten. Noch heute tragen ein Teil der Findbücher Sperrvermerke. Man billigte den Akten einen solchen toxischen Grad zu, daß selbst politisch gestandene Wissenschaftskader der SED nicht einmal etwas von ihrer Existenz wissen, geschweige denn sie einsehen oder gar kopieren durften.

Die Erwartungen waren entsprechend hochgeschraubt, als nach einigen, notwendigen Umzugsarbeiten im April 1991 endlich die ungehinderte Benutzung der Akten beginnen konnte. Tatsächlich ist der Lesesaal des Archivs seitdem fast ständig gut gefüllt. Die Zahl der Benutzer ist laut Angabe der Archivleitung ungefähr auf das Dreifache gestiegen und die dort tätigen Archivare leisten eine anerkennenswerte Arbeit, alle Benutzerwünsche zu erfüllen. Wer aber geglaubt hatte, aufgrund der hier vorhandenen Akten schnell die letzten Geheimnisse der Geschichte zu lüften, sieht sich enttäuscht. Viele der wichtigen Entscheidungsvorgänge fanden offenbar entweder gar keinen schriftlichen Niederschlag, oder die vorhandenen Protokolle und Schreiben wurden nie an das Archiv gegeben. Man hat dem „real existierenden Sozialismus“ oft seine wuchernde Bürokratie vorgehalten. Es ist erstaunlich, wie wenig Konsequenz und Einheitlichkeit es in den Formen der Aktenablage und der archivischen Registratur in diesem „bürokratischen

Sozialismus" gab. Viele Aktenbestände machen den Eindruck eines zufälligen Sammelsuriums. Trotzdem finden sich hier natürlich sehr interessante Aufschlüsse über interne Vorgänge im Machtapparat, so daß sich die Bemühungen um Erhaltung und Zugänglichkeit dieses Archivs in jedem Falle lohnen.

Welcher der Lösungsvorschläge sich durchsetzen wird, ist gegenwärtig noch vollkommen offen. Es gibt lange Zeit schon die Idee eines unabhängigen Forschungsinstitutes, dem die Akten der SED und der früheren Massenorganisationen unterstehen sollen. Dieser Plan wurde erstmals im Sommer 1990, als sich die deutsche Einheit mit ihren vielfältigen Problemen abzuzeichnen begann, von dem bereits erwähnten Unabhängigen Historikerverband an die Öffentlichkeit gebracht. Es gab lange parallel dazu Verhandlungen zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Eigentümer der Akten, dem PDS-Vorstand. Es gab verschiedentlich die Meinung, die Akten sollten verstaatlicht werden und gehörten, da sie dem Wesen nach staatlicher Provenienz seien, ins Bundesarchiv. Ende August 1991 soll zu diesem Fragenkomplex im Bundestag eine öffentliche Anhörung stattfinden.

Weit mehr noch als die SED-Akten standen in den vergangenen Monaten die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Bereits in den Diskussionen der Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches wurde in den Monaten Januar bis März 1990 über diesen Fragenkomplex erbittert gestritten. Damals war schon klar, daß die gigantische archivalische Konkursmasse des Staatssicherheitsdienstes eines der schwierigsten Probleme der Hinterlassenschaft des SED-Staates sein würde. Bereits in den ersten Sitzungen der Arbeitsgruppe zeichnete sich eine Polarisierung der Meinungen ab, die sich bis heute erhalten hat. Die beiden extrem gegensätzlichen und einander ausschließenden Argumentationsmuster lassen sich etwa so beschreiben: Auf der einen Seite steht die Fraktion der Aktenvernichter. Ihr Hauptargument lautet, unrechtmäßig gespeichertes Datenmaterial über einzelne Personen müsse so schnell wie möglich gelöscht werden. Niemand habe das Recht, diese Unterlagen weiter aufzubewahren und zu irgendeinem Zweck zu verwenden. Im übrigen gebe es keinerlei Garantie, daß die in den Stasi-Akten festgehaltenen Behauptungen den Tatsachen entsprächen. Man wisse ja, daß der Phantasie der Spitzel und Zuträger keinerlei Grenzen gesetzt waren. Auch sei das Material gezielt zum Zwecke der Erpressung angelegt worden. Hinter diesen Argumenten steht die Befürchtung, eines Tages könne im wiedervereinigten Deutschland das Stasi-Material für die geheimdienstliche Observation oppositioneller Gruppierungen benutzt werden. Diese Bedenken - ob sie nun berechtigt oder unberechtigt sind - führten dazu, daß häufig gerade die Vertreter der alten DDR-Opposition am entschiedensten für die Vernichtung der Stasi-Akten plädierten. Immerhin wurde damals am Runden Tisch der Beschluß durchgesetzt, alle elektronischen Datenträger zu vernichten. Dies geschah dann auch und erschwerte die weitere Aufklärungsarbeit in erheblicher Weise. Welchen

Anteil die eingeschleusten Vertreter des früheren Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an dem Vernichtungsbeschuß hatten, wird wohl immer ein Geheimnis bleiben.

Die Gegenposition läßt sich folgendermaßen umschreiben: Sowohl die Strafverfolgung ehemaliger Mitarbeiter des MfS als auch die Rehabilitierung ihrer Opfer bedarf der Akten des Repressionsapparates. Darüber hinaus habe jeder Mensch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das heißt er hat das Recht zu wissen, was über ihn bei einer Behörde gespeichert ist. Das trifft auch für jene zu, die nicht unmittelbar Opfer des Stasi waren. In vielfältiger Weise hat der allgegenwärtige Stasi-Apparat in das Leben der Menschen eingegriffen. In der Konsequenz führt dieses Argumentationsmuster zu der Forderung „Jedem seine Akte!“ Wenn auch im allgemeinen von den Vertretern dieser Position eingeräumt wird, daß eine Anonymisierung der Unterlagen notwendig sei, das heißt praktisch eine Schwärzung aller Namen, wird dieser Radikalforderung stets mit dem Argument begegnet, eine derartig totale Offenlegung der Akten führe zu einer Welle von unkontrollierbaren Racheakten. Das Gespenst von Lynchjustiz, von Mord und Totschlag sogar innerhalb von Familien, bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen wird an die Wand gemalt. Im Kern geht es dabei um den Persönlichkeitsschutz der ehemaligen inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Es bleibt festzuhalten, daß nach der Veröffentlichung der Gehaltslisten der höheren Stasi-Mitarbeiter keinem dieser Personen ein Leid geschehen ist. Weder gab es Akte der Selbstjustiz noch ernsthafte Angriffe auf Leib und Leben dieses Personenkreises. Die Grundstimmung im Lande ist immer noch von viel Toleranz und Dialogbereitschaft gekennzeichnet.

Trotz der Intensität und der langen Dauer der Diskussion geht sie an einigen wichtigen Fragen konsequent vorbei. Sie dreht sich fast ausschließlich um die Personenakten, kaum aber um die historisch weitaus interessanteren Sachakten. Man schätzt den Umfang des Aktenmaterials des Ministeriums für Staatssicherheit auf ungefähr 170 laufende Kilometer. Eine Masse übrigens, die alle herkömmlichen Größenordnungen des Archivwesens sprengt und deren archivalische Erschließung mit Sicherheit viele Jahre dauern wird. Wichtig ist aber zu wissen, daß von der Gesamtmenge nur etwa dreißig Kilometer Personenakten im engeren Sinne sind. Dieser Aktenbestand, der über eine etwa sechs Millionen Namen umfassende Personenkartei erschließbar ist, bietet jedoch der wissenschaftlichen Forschung wenig interessantes Material. Bestenfalls ist er von exemplarischem Interesse, wozu eine repräsentative Auswahl von beispielsweise einem Prozent der Akten völlig ausreichen würde. Auch die Auskünfte, die derartiges Material über einzelne bekannte Persönlichkeiten, etwa über Schriftsteller oder bekannte Regimekritiker zu bieten hat, sollte man nicht überschätzen. Die Edition ausgewählter Teile der Personenakten so bekannter Schriftsteller wie Erich Loest oder Reiner Kunze sprechen für sich. Im Grund sind sie banal und langweilig. Sie sagen mehr über den geistigen Horizont und die Mentalität der Täter aus als über die Opfer.

Weitaus interessanter sind andere Aktenbestände, die in der Regel den Personen- und Datenschutz kaum tangieren. Hier ist insbesondere der Bereich der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) zu nennen. Diese Abteilung war die eigentliche Schaltstelle des MfS-Apparates. Hier entstanden die Informationsberichte für die Parteiführung. Hier liefen die Fäden der verschiedenen Hauptabteilungen zusammen, die aufgrund der konspirativen Arbeitsmethoden sonst kaum Berührungspunkte hatten. Hier lag schließlich auch das Recht zur Kontrolle anderer Dienstseinheiten. Aus den Beständen der ZAIG wurden bereits im März 1990 unter dem Titel „Ich hebe euch doch alle!“ von Armin Mitter und Stefan Wolle Informationen und Lageberichte aus dem Zeitraum vom Januar bis zum November 1989 veröff entlicht.

Wichtig sind auch die Bestände der Dokumentenverwaltung. Hier wurden sämtliche Befehle, Dienstvorschriften, Weisungen und offizielle Schreiben der Minister für Staatssicherheit gesammelt. Für den gesamten Zeitraum von der Gründung des Ministeriums im Jahre 1950 bis zu dessen Ende Anfang 1990 sind hier mit nur wenigen Lücken alle internen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes greifbar. Die Materialien sind durch Karteien gut erschlossen und könnten ohne Bedenken sofort der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt werden. Teilweise enthalten die Archive der früheren Bezirksverwaltungen des Mf S Duplikate dieser Unterlagen, vollständig sind sie aber nur in der ehemaligen Zentrale in Berlin-Lichtenberg greifbar. Weiterhin von Interesse ist die Sammlung von Fachschul-, Diplom- und Doktorarbeiten, die an der Juristischen Hochschule in Potsdam angefertigt wurden und die sich jetzt ebenfalls im Archiv in der Normannenstraße befinden. Obwohl das wissenschaftliche und das sprachliche Niveau dieser Qualifikationsschriften in der Regel erschütternd ist, bieten sie doch vielfältige Einblicke in Details der Arbeitsweise und Methoden des Mf S, die in dieser Art sonst nicht zusammengefaßt wurden.

Schließlich ist noch der Bestand Mielke zu erwähnen. Es handelt sich dabei um ein ungeordnetes Sammelsurium unterschiedlichster Papiere. Alles was im Laufe der Jahre dem Minister für Staatssicherheit in irgendeiner Weise aufhebenswert oder sonst schwer rubrizierbar erschien, wurde dort abgelegt. Hochinteressante Einzelheiten stehen unvermittelt neben Belanglosigkeiten. Hier findet sich beispielsweise der gesamte Schriftwechsel zwischen Mielke und Ulbricht. Hier findet sich aber auch vieles, das eher in den Bereich der historischen Kuriositäten gehört.

Insgesamt läßt sich über das bisher bekannte Aktenmaterial in den Archiven der SED und des mit ihr aufs engste verflochtene Ministeriums für Staatssicherheit sagen, daß sie wenig Unterlagen enthalten, die Aufschlüsse über die Motive politischer Entscheidungen geben könnten. Es dominiert reflektierendes, analytisches Material. Die Geschichtsforschung wird sich den historischen Prozessen weniger über die Handlungen der Herrschenden, als vielmehr über die Alltagssituation der Beherrschten nähern müssen. Hierfür gibt es allerdings quantitativ außerordentlich umfangreiches Material. Es

berichtet von Anpassung und Widerstand der Menschen in der DDR, von Gesinnungslosigkeit und mutigem Widerspruch, vor allem aber von der stillen passiven Resistenz vieler Menschen, die niemals zu Helden wurden, die sich aber auch nie bedingungslos dem Herrschaftssystem der SED unterwarfen. In der gegenwärtigen parlamentarischen Diskussion um die Zugänglichkeit der Archive, speziell um die Akten der Staatssicherheit, sollte deshalb daran gedacht werden, daß, jenseits der politischen Tagesinteressen, dort ein Teil der historischen Identität der früheren DDR-Bürger lagert und daß dort unwillentlich den vielen namenlosen Menschen, die sich auf ihre Weise gegen den übermächtigen Staat wehrten, ein in der Geschichte wohl einmaliges Denkmal gesetzt wurde.